

Heinrich Oberreuter

Geschichte kennen heißt Gegenwart verstehen

Rainer Barzel: Was war, wirkt nach. Wohin geht's mit Deutschland? Olzog Verlag, München 2005, 160 Seiten, 18,50 Euro.

Am 80. Geburtstag von Rainer Barzel (20. Juni 2004) gab sein Freund Helmut Schmidt ihm den Rat, sich gefälligst die Fähigkeit zu bewahren, sich einzumischen. „Ihr jüngstes Buch muss keineswegs Ihr letztes bleiben.“

So ist es nun gekommen: Vor uns liegt gewissermaßen die Summe eines Menschen- und Politikerlebens mit vielfältigen Eindrücken, Erkenntnissen und Wegweisungen. Der Titel *Was war, wirkt nach* gilt nicht nur für die Geschichte, sondern auch für das reichhaltige politische Leben Rainer Barzels. Es kann ja keine Frage sein, wie sehr Kriegserfahrungen, Aufbauleistung und politische Führungspositionen in schwierigen Zeiten prägend wirken und natürlich auch aktuelle Urteile

begründen. Barzel will seinen Lesern die Erfolgsbedingungen der Republik in Bonn demonstrieren und deren Unverbrüchlichkeit nahe bringen, trotz Globalisierung und demografischer Entwicklung. Wie diese Republik war und auch in Berlin wieder sein könnte ... Der Autor plädiert für Besinnung auf die eigenen Kräfte, auf Optimismus und Leistungswillen und verwahrt sich gegen das Wort vom „Siechtum“ der Republik, wo allenfalls von großen Herausforderungen die Rede sein kann und auch von einem gewissen Missmut, der in merkwürdigem Gegensatz zu einer neuen Großmannssucht des „Wir sind wieder wer“ steht; eine Großmannssucht, die die historischen Einsichten, welche Bonn gewonnen hatte, im Umzugsgut nach Berlin vergessen zu haben scheint. Die Art und Weise, wie die Welt beschämend über die Berliner Olympiabewerbung hinwegging, sollte diese Sucht belehrt haben. Was war, wirkt nach – in die-

sem Falle 1936 und was sich alles damit verband.

Barzels Absichten sind durchaus aktuell. Aber er verkennt die Wurzeln der Aktualität nicht und widmet ihnen breiten Raum. Denn nur wer die Geschichte kennt, kann die Gegenwart verstehen und Zukunft gewinnen. Im sechzigsten Jahr nach der Kapitulation, nach Niederlage und Befreiung, ist viel über diese Zusammenhänge geredet worden. Es kann nur aufklärerisch sein, wenn ein Angehöriger der Kriegs- und Aufbaugeneration seine Einsichten dazu mitteilt, vor allem aber Auskunft darüber gibt, wie diese geschichtlichen Prägungen politisches Handeln geleitet haben und nach seiner Überzeugung – und damit steht er nicht allein – weiter leiten sollten. Geschichtsvergessenheit ist neben der Großmannssucht für Rainer Barzel ein zweiter Grund zur Skepsis gegenüber aktuellen Entwicklungen, wobei die eine natürlich eine Folge der anderen ist.

Barzel widmet den historischen Entgleisungen und den politisch kulturellen Hypothesen der Deutschen, speziell ihrem mäßigen Talent zu Realpolitik, Zivilcourage und Demokratie, intensive Betrachtungen. Er argumentiert dabei weder ein- noch blauäugig, wenn er zum Beispiel auf Fehler der Alliierten in der Behandlung Deutschlands nach dem Ersten Weltkrieg, auf die deutsche Katastrophe, die darauf folgte, aber auch auf die Maxime, dass Unrecht nicht mit Unrecht vergolten werden dürfe, und zugleich auf neuen Radikalismus in einigen Bundesländern hinweist. Ihm ist absolut klar, wo Ursachen und Verantwortungen verankert sind und welche Folgerungen für die deutsche Politik daraus zu ziehen waren, die der Bonner Republik ihre Struktur gaben.

Ansätze der Nachkriegszeit

Er bezeugt zunächst einen hohen ethischen Grundantrieb des Politischen: Gewaltlosigkeit, Frieden als Konsequenz der Menschenrechte, Rücksicht auf das Recht des anderen, und, mit Tocqueville, Freiheit, die auf Moral und normativen Orientierungen beruht (bei Tocqueville, den er zitiert, heißt es, die Herrschaft der Frei-

heit sei nicht zu sichern ohne die der Sitten und die der Sitten nicht ohne den Glauben). Wer Barzel kennt und nicht nach Kli-schees beurteilt, weiß, wie wichtig ihm persönlich diese Orientierung immer gewesen ist. Er gibt natürlich eine nachdrückliche Antwort auf den Wertrelativismus der Weimarer Republik und auf die Wertvernichtung des NS-Regimes.

Zum Zweiten folgen aus diesen Erfahrungen neue Denkansätze für die Außenpolitik, die alte Orientierungen transzendentieren und bei denen die „Konservativen“ immer etwas weiter gewesen sind als andere, weil sie ihre normativen Politikansätze damit verbanden: Frieden zum Beispiel nicht durch territoriale Denkansätze, Frieden vielmehr durch offene Grenzen, Freiheit für Menschen, Informationen und Meinungen. Diese beiden Konzeptionen standen sich in der Auseinandersetzung um den Moskauer Vertrag – Barzels berühmtes „So nicht!“ – gegenüber.

Zum Dritten ist zu nennen das klassische Verständnis der sozialen Marktwirtschaft als eines umfassenden anthropologischen Ansatzes im Sinne der Entfaltungsfreiheit der Individuen und der Weckung ihrer kreativen Talente: mit Müller-Armack

ein gesellschaftliches, nicht nur ein ökonomisches Konzept. In der Tat erscheint bemerkenswert aktuell, ja fast wahlkampftauglich, was Barzel bei Müller-Armack ausgräbt: nämlich eine Gesellschaftspolitik, die die Gesamtheit der Umwelt einbezieht: „Ausbildung, Aufstiegschancen, Wertstabilität und Konjunktur, die Beteiligung des Einzelnen an der betrieblichen Verantwortung, die Prägung seiner räumlichen und sozialen Umwelt, öffentliche Leistungen in den verschiedenen Erscheinungsformen – all das gehört zusammen“, und nicht zuletzt breitere Eigentumsstreuung, Förderung von Mittelstand und Selbstständigkeit, Dezentralisierung. Bekanntlich verortete Röpke soziale Marktwirtschaft ja „Jenseits von Angebot und Nachfrage“.

Wiederbelebung der Selbstverantwortung

Diese drei Ansätze und Antriebe der Nachkriegszeit, die sich politisch durchgesetzt hatten, sind hier bewusst aus Barzels Buch herausdestilliert worden. Sie waren historische Antworten. Was war, wirkt nach. Aber man muss heute auch fragen dürfen, ob und warum diese Orientierungen partiell verloren gegangen sind – und damit nicht

mehr oder nur eingeschränkt nachwirken. Es scheint, man befände sich derzeit mitten in entsprechenden Erinnerungsarbeiten, wenn intensiv wieder nach normativer Orientierung und nach einer Wiederbelebung individueller Selbstständigkeit und Selbstverantwortung statt „staatlichem Verantwortungsimperialismus“, wie Gerhard Schröder es genannt hat, gesucht wird.

Barzel ist stolz darauf, an der Entwicklung der Bonner Republik erheblichen Anteil gehabt zu haben, die nach dem geflügelten Wort Fritz Renée Allemanns „nicht Weimar“ war. Allemann sah die Bewährungsprobe voraus, die sich mit der Wiedervereinigung stellen könnte – prophetisch für das Jahr 1956; andersherum auch wieder nicht, wenn man weiß, wie sehr zu Beginn der fünfziger Jahre noch mit einer baldigen Korrektur der Teilung gerechnet worden ist. Barzel fragt besorgt und erüchtet, ob Geschichtsvergessenheit, Stagnation und Krisen, ob auch der verbreitete Missmut uns nicht wieder auf Weimar zurückwerfen könnten. Natürlich lässt sich diese Frage stellen, und Rainer Barzel stellt sie nicht allein. Sie sollte nicht uneingeschränkt positiv beantwortet werden – trotz der

vorgetragenen Indizien wie politische Gewaltbereitschaft und gewisse Populismen. Die deutschen politischen und gesellschaftlichen Aufklärungs- und Abwehrmechanismen sind ungleich ausgeprägter und verwurzelter als ehedem. Die Wirkung der Geschichte hat Deutschland hier weitergebracht.

Kritische Töne

Aus seiner Besorgnis hat Rainer Barzel Schröder zu seinem Neuwahlentschluss beglückwünscht, zu dem Entschluss, das „große Gewürge“, wie er es nennt, zu beenden. Er sparte nicht mit Kritik: zum Beispiel an der Darbietung des Bundestages, der Sozialpolitik, der Familienpolitik, dem Scheitern der Föderalismuskommission, der Verwechslung von Demokratie und Wohlstand vor allem in den neuen Bundesländern, dem eigenen deutschen Weg (inklusive ständigem Sitz im Sicherheitsrat), statt der bewährten Einbindung in supranationale Kooperationsverbünde, an der Angstmentalität in der Bevölkerung, am politischen Getriebe, an Kompetenz und Gehabe des politischen Personals: „Was mir zu denken gibt, ist der staatspolitische Zustand unserer Demokratie.“ In diesem Kontext wiederholt er die Kritik, die er gemein-

sam mit Helmut Schmidt in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* am 11. Mai 2005 am Parlamentarismus in der Talkshow-Gesellschaft veröffentlicht hat, in dem Statements auf den Fluren wichtiger geworden sind als die Debatte im Plenum. Das täglich ergebnislose Gerede unter provokatorischen Titeln provoziere beim Bürger den Eindruck: Geschwätz.

Barzel, der als Bundestagspräsident äußerst intensiv auf Parlamentsreformen hingewirkt hat, hat auch einige Reformvorschläge parat, die individuelles Profil aufweisen: den Föderalismus will er nicht infrage stellen, aber den Bund stärken; von der Einführung des Mehrheitswahlrechtes erwartet er deutlichere Konfrontation von Mehrheit und Opposition, engere Kontakte zwischen Wählern und Gewählten, Stärkung des Regierens und einen selbstbewussteren Bundestag. Dazu nimmt er, um durch Wahlrechtsreform den Zwang zu Koalitionen aufzubrechen, auch eine Große Koalition in Kauf – ja, empfiehlt sie sogar in Erinnerung an ursprüngliche Absprachen von 1966.

Spannende Lektüre

Natürlich muss die Zeitzeugenschaft, die Akteursrolle des Verfassers, die-

sem Buch Interesse abgewinnen. Was Barzel zum Beispiel über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel und seine Rolle dabei, den Gordischen Knoten internationaler Verwicklungen zu durchhauen, schreibt, ist ebenso spannend wie seine Ausführungen zum umkämpften Moskauer Vertrag, bei dem die Sowjets nicht gedemütigt und gereizt, nach seiner Überzeugung aber auch die deutsche Teilung und die Europas nicht völkerrechtlich zementiert werden sollten. Er hat sein Ziel erreicht, wenn auch damals in der manipulierten Abstimmung über das konstruktive Misstrauensvo-

tum nicht die Kanzlerschaft. Dieses Verdienst scheint hier zu Lande nicht ausreichend gewürdig zu werden.

Wie in der Werkstatt der Politik über Partei- und Interessengrenzen hinweg Wertschätzung und Vertrauen aufgebaut werden kann – das Publikum weiß davon nichts –, ist ebenfalls bemerkenswert nachzulesen. Das führt unmittelbar zur Kooperation und Freundschaft mit Helmut Schmidt, die sich in der Großen Koalition bewährt hat, in der unter diesen beiden Fraktionsvorsitzenden übrigens das Parlament eine seiner einflussreichsten Phasen er-

lebt hat. Nicht von ungefähr teilen diese beiden Politiker auch ihre ethischen und moralischen Orientierungen.

Wohin es mit Deutschland geht, beantwortet auch Rainer Barzel nicht. Aber er will Mut machen und an die ursprünglichen und erfolgreichen Politikkonzepte der zweiten deutschen Demokratie erinnern. Politisches Handeln ist zumeist historisch. Auch was heute geschieht, wirkt nach. Barzel will zum Handeln auffordern – gegen das Gewürge eben. Für dieses Handeln sieht er verlässliche Fundamente, deren Bedeutung er ins aktuelle Bewusstsein hebt.

Mut zur Dynamik

*„Das Land befindet sich an einer Wegscheide. Wenn es den steinigen Weg notwendiger Veränderungen seiner Institutionen wähle, könnte es wieder einen höheren Wachstumspfad und niedrigere Arbeitslosigkeit erreichen. Wenn es hingegen an dem eingeschlagenen Weg korporatistischer Entscheidungsfindung und am Gleichheitsideal festhalte, die Deutschen ihren Glauben an den Segen des ‚paternalistischen‘ Staates und ihr ‚Mißtrauen gegenüber dem Markt‘ nicht ablegten, dann drohe ein niedrigerer Wachstumspfad mit weniger Dynamik, hohe Arbeitslosigkeit und Strukturprobleme der sozialen Absicherung [Horst Siebert, in: *Jenseits des Sozialen Marktes*, München 2005].“*

Horst Siebert, emeritierter Professor des Instituts für Weltwirtschaft in Kiel, ist 1938 geboren, also ‚alt‘. Ist das, was er uns rät, schon deshalb ‚falsch‘? Soll erst später, wenn diese Mahnung etwa nicht gehört werden sollte, die kommende Generation sich erinnern: Da war doch mal einer, der guten Rat gab?“

Was war, wirkt nach – auch das wird nachwirken, was wir jetzt tun oder unterlassen!“

Rainer Barzel, in: *Was war, wirkt nach. Wohin geht's mit Deutschland?*, München 2005, Seite 127.